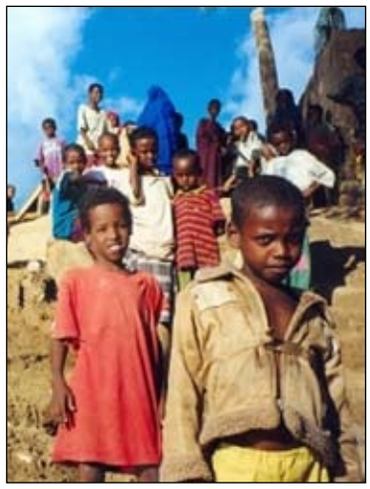
INEF POLICY BRIEF



Das MDG-Projekt in der Krise

Halbzeitbilanz und Zukunftsperspektiven

Jens Martens / Tobias Debiel

4/2008

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

INEF

GLOBAL POLICY FORUM europe

Institut für Entwicklung und Frieden

1 Einleitung

Die MDGs sind aufgrund ihrer Zielorientierung zu einem öffentlichkeitswirksamen Instrument geworden

Die Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) sind seit ihrer Proklamation im Jahr 2000 zum Leitmotiv der internationalen Entwicklungspolitik avanciert. Mit ihnen richtete sich der entwicklungspolitische Diskurs von Regierungen und internationalen Organisationen auf die Bekämpfung der extremsten Formen von Armut und Hunger sowie die soziale Grundversorgung der Bevölkerung, insbesondere in den Bereichen Grundbildung, Gesundheit und Wasserversorgung. Die meisten MDGs sind mit klaren quantitativen, und damit überprüfbaren Zielvorgaben verbunden, die überwiegend bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollen.

In den vergangenen Jahren haben sich die MDGs als gleichermaßen öffentlichkeitswirksames wie kampagnentaugliches Instrument erwiesen und eine beachtliche politische Mobilisierungswirkung entfaltet. Dies zeigten z. B. die beiden vom britischen Premierminister Gordon Brown im Juli 2007 initiierten Erklärungen zur Unterstützung der MDGs, die von 22 Staats- und Regierungschefs, darunter auch der Bundeskanzlerin Angela Merkel, sowie von 21 Unternehmensführern unterzeichnet wurden (Commission of the European Communities 2008: 13). Sie konstatierten zur Halbzeit der MDGs, dass die Welt bei der Verwirklichung der Ziele „nicht auf dem richtigen Weg" sei. Ihre Schlussfolgerung:

> „We need urgent action to meet this development emergency if the world is to get back on track."[1]

Zur Halbzeit der MDGs findet am 25. September 2008 ein Krisengipfel zwischen Regierungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft statt

Zu diesem Zweck riefen sie zu einem Gipfeltreffen von Regierungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon griff die Initiative auf und lud zu einem High-level Event on the MDGs am 25. September 2008 nach New York ein. Die Teilnehmer dieses Treffens sind dort allerdings nicht nur mit den Defiziten bei der Umsetzung der Ziele konfrontiert. Die Auseinandersetzung über die MDGs ist geprägt von grundsätzlichen Kontroversen über die Erreichbarkeit der Ziele, über ihre Methodik, über die Strategien ihrer Verwirklichung sowie über ihren Stellenwert innerhalb eines ganzheitlichen Entwicklungsansatzes.

Zusätzliche Brisanz erhalten diese Auseinandersetzungen durch die revidierten Armutsstatistiken der Weltbank. Nach den neuen Kalku-

[1] Vgl. www.dfid.gov.uk/mdg/declaration-heads-07.asp (eingesehen am 9. September 2008)

lationen liegt die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, bei 1,4 Milliarden, und ist damit um über 400 Millionen höher als bisher angenommen (World Bank 2008b). Mit dieser Neuberechnung wird die Halbzeitbilanz ernüchternder, die Brüchigkeit der bisherigen Datenlage ist in besonderer Weise deutlich geworden. Kurz: Das MDG-Projekt steckt in der Krise. Vor diesem Hintergrund müssen sowohl die Agenda für die zweite Halbzeit auf dem Weg zu den 2015-Zielen als auch alle Post-2015-Strategien die politischen, die konzeptionellen und die methodischen Herausforderungen bei der Realisierung der MDGs berücksichtigen.

2 MDGs: Nur die Spitze des Eisbergs internationaler Entwicklungsziele

Seit der Millenniumserklärung wurde das Set an Zielen, Unterzielen und Indikatoren der MDGs mehrmals erweitert

Hinter dem Kürzel "MDG" verbirgt sich ein Set von acht Zielen sowie ursprünglich 18 Unterzielen (Zielvorgaben) und 48 Indikatoren. Sie wurden im Jahr 2000 in einem Aushandlungsprozess von UN, IWF, Weltbank und OECD aus den Beschlüssen der Weltkonferenzen der 1990er Jahre als kleinster gemeinsamer Nenner herausdestilliert.

Seit dem Jahr 2000 wurde der MDG-Katalog mehrmals erweitert. Bereits die erste Fassung, die der UN-Generalsekretär in seiner *Road Map* zur Umsetzung der Millenniumserklärung im Jahr 2001 veröffentlichte (UN Secretary-General 2001), weist über das ursprünglich Set von sieben Entwicklungszielen hinaus, die im Jahr 2000 von UN, IWF, OECD und Weltbank als gemeinsame Prioritäten definiert worden waren (IMF/OECD/World Bank/UN 2000). In der *Road Map* wurde, vor allem als Reaktion auf die Kritik der G-77 am einseitigen Fokus dieser Prioritätensetzung, ein achtes Ziel mit dem Titel „Globale Entwicklungspartnerschaft" hinzugefügt. Es benennt die Verantwortlichkeiten der Industrieländer, insbesondere in den Bereichen Handel, Entwicklungsfinanzierung, Schuldenerlasse und Technologietransfer. Im Gegensatz zu den Zielen für die Entwicklungsländer enthält MDG 8 jedoch keine quantitativen und zeitlich gebundenen Verpflichtungen, sondern nur allgemeine Absichtserklärungen.

Nach dem Johannesburg-Gipfel über nachhaltige Entwicklung im Jahr 2002 wurde das „Umwelt-MDG" (MDG 7) um ein Unterziel ergänzt. Es kam das Ziel hinzu, bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte zu senken, die keinen Zugang zu Sanitärversorgung haben. Als Ergebnis der Beschlüsse des Weltgipfels 2005 wurde das Themenspektrum der MDGs 2007 nochmals substantiell erweitert: Hinzu kamen das Ziel produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle, das Ziel des allgemeinen Zugangs zu

reproduktiver Gesundheit bis 2015, das Ziel, bis 2010 den allgemeinen Zugang zu HIV/AIDS–Behandlung zu gewährleisten sowie das Ziel, bis 2010 die gegenwärtige Verlustrate der biologischen Vielfalt signifikant zu reduzieren.[2] Der seitdem gültige MDG-Katalog umfasst somit acht Ziele, 21 Unterziele und 60 Indikatoren. Trotz der Erweiterungen bilden die MDGs nur die Spitze des Eisbergs internationaler Entwicklungsziele, sie sind quasi die „Minimum Development Goals".

Die Regierungen des Nordens und die G-77 betonen die Verbindlichkeit von Vereinbarungen vorheriger Weltkonferenzen unterschiedlich

In den offiziellen Dokumenten der UN ist daher meist nicht allein von den MDGs die Rede, sondern von den „international vereinbarten Entwicklungszielen, einschließlich der MDGs". Diese Formulierung, auf die sowohl die G-77 als auch die Regierungen des Nordens drängen, soll darauf hinweisen, dass bei den Weltkonferenzen der vergangenen zwei Jahrzehnte und bei anderen internationalen Anlässen zahlreiche Entwicklungsziele formuliert wurden, die über die MDGs hinausreichen, und zu deren Verwirklichung sich die Regierungen gleichermaßen verpflichtet haben. Während die G-77 dabei in erster Linie die Ziele im Blick hat, die sich an die Adresse der reichen Länder richten, betonen die Bundesregierung und andere Regierungen des Nordens vor allem die Verpflichtungen im Bereich von Demokratie, Menschenrechten und *Good Governance*, die im MDG-Katalog bislang nicht enthalten sind.[3]

3 Die meisten Länder sind „off-track"

Die meisten MDGs werden dem Anschein nach bis 2015 nicht erreicht werden

In der Analyse der bisherigen Fortschritte bei der Verwirklichung der MDGs sind sich UN, Weltbank, Regierungen und NGOs relativ einig: Ihre Berichte, insbesondere der jährliche Global Monitoring Report der Weltbank, zeigen, dass in zahlreichen Ländern die meisten MDGs nicht bis zum Jahr 2015 verwirklicht werden, wenn sich die gegenwärtigen Trends fortsetzen.[4]

---

2 Vgl. UN Dok. E/CN.3/2008/29 vom 12. Dezember 2007.

3 Die MDG Gap Task Force der UN hat in ihrem ersten Bericht im September 2008 die diversen Verpflichtungen, die allein im Themenbereich des MDG 8 (Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft) bestehen, in einer „Matrix of Global Commitments" zusammengestellt, vgl. UN (2008a) und www.un.org/esa/policy/mdggap/.

4 Vgl. z.B. World Bank (2008a), Commission of the European Communities (2008), Bourguignon et al. (2008), Martens (2007) sowie die interaktive Website der UN www.mdgmonitor.org (eingesehen am 9. September 2008), die umfassende Informationen über die Verwirklichung der MDGs in 130 Ländern und Regionen bereitstellt.

Zwar gibt es auf globaler Ebene durchaus positive Entwicklungen, etwa bei der Reduzierung der Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, oder bei der Steigerung des weltweiten Anteils der Menschen, die Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Der Fortschritt bei der Armutsbekämpfung wurde jedoch sehr stark durch die „overachievers in East and South Asia" (Bourguignon et al. 2008: 7) bewirkt. Zudem sind selbst in den Ländern, die auf nationaler Ebene Fortschritte verzeichnen, diese innerhalb der Länder nicht gleichmäßig verteilt. Nach Untersuchungen der Weltbank haben gerade in den Ländern mit den größten Wachstumserfolgen, allen voran China, die Einkommensdisparitäten zugenommen. Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich (gemessen am Gini-Koeffizienten) in 42 von 59 Ländern kontinuierlich vergrößert (World Bank 2008a: 35).

Erfolge sind sehr ungleich verteilt und gegenläufige Tendenzen werden offenbar

Bei den genannten Zielen von Fortschritten zu sprechen, wurde schließlich auch dadurch möglich, dass die Regierungen frühere, ambitioniertere Ziele abgeschwächt und die Umsetzungsfristen verlängert haben. So hatte beispielsweise die Entscheidung der UN, als Basisjahr für die Fortschrittsmessung nicht das Jahr 2000 sondern das Jahr 1990 zu nehmen, zur Folge, dass das Ziel der Halbierung des Anteils der Menschen, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben, in der Region Ostasien und Pazifik aufgrund des chinesischen Wirtschaftswachstums bereits im Jahr 2000 erreicht worden war. Mit anderen Worten: Die Regierungen vereinbarten im Jahr 2000 ein Ziel, das sie in dieser Region bereits im selben Jahr verwirklicht hatten.

Besonders gravierende Defizite gibt es bei der Reduzierung der Kindersterblichkeit (MDG 4) und der Müttersterblichkeit (MDG 5) sowie bei dem Ziel, den Anteil der Menschen die Hunger leiden, bis zum Jahr 2015 zu halbieren (UN 2008b). Infolge der weltweit rapide angestiegenen Preise für Grundnahrungsmittel ist zu befürchten, dass die Zahl der Hungernden in den Entwicklungsländern eher zu- als abnimmt. Bereits seit Mitte der 1990er Jahre war ihre Zahl von knapp 800 auf 830 Millionen (2002-2004) gestiegen (FAO 2007:130). Die UN High-Level Task Force on the Global Food Crisis (2008: 9) rechnet infolge der globalen Ernährungskrise mit einem weiteren Anstieg um über 100 Millionen Menschen. Besonders betroffen sind die Menschen in den Krisenregionen Afrikas.

Erfolge in den unterschiedlichen MDGs hängen anscheinend nicht mit einander zusammen

Ein sehr erstaunliches Ergebnis zur Halbzeitbilanz ist, wie wenig die Fortschritte bei den verschiedenen MDGs miteinander verbunden sind. Häufig gibt es keine bedeutende Korrelation zwischen den Veränderungen bei unterschiedlichen Zielen, so dass die Ursachen für Verbesserungen offenbar in sehr unterschiedlichen Faktoren und Politiken zu suchen sind. Beispielsweise besteht nahezu kein Zusammenhang zwischen MDG 1 (Armutsreduktion) und Nicht-Armuts-Zielen wie der Kindersterblichkeit und der Rate der Primar-

schulabschlüsse. Auch unter den Nicht-Armuts-Zielen sind die Korrelationen niedrig (Bourguignon et al. 2008: 21).

Insgesamt reicht das gegenwärtige Tempo der Fortschritte bei weitem nicht aus, um die MDGs in allen Ländern bis zum Jahr 2015 zu verwirklichen. Ein für das britische Department for International Development (DFID) und das Directorate General for Development of the European Commission (DG-DEV) erstelltes Papier renommierter europäischer Forschungsinstitutionen stellt ernüchtert fest: „Most countries in all regions are off-track on most MDGs (or data is missing to assess progress), even those countries which have experienced the best growth performances" (Bourguignon et al. 2008: 8).[5] Die Aussage wird auch durch die Entwicklungen des Gender Equity Index (GEI) und des Basic Capabilities Index (BCI) bestätigt, die das zivilgesellschaftliche Netzwerk Social Watch alljährlich veröffentlicht.[6] Diese Indizes illustrieren, dass sich eine Reihe von Ländern, insbesondere in Subsahara Afrika, sogar von den Zielvorgaben entfernt. Armut, Hunger und Kindersterblichkeit nehmen dort eher zu als ab, auch wenn einzelne Länder durchaus auch Erfolge erzielen.

4 Fragile Staatlichkeit als Entwicklungshemmnis

Die geringe Funktionsfähigkeit staatlicher Strukturen ist für die soziale Lage besonders gravierend

Der große Rückstand Subsahara-Afrikas hängt eng mit dem Umstand zusammen, dass sich in dieser Region ein besonders hoher Anteil fragiler Staaten findet und diese bei der Umsetzung der MDGs in besonderer Weise Defizite aufweisen. Je nach Definition und Datenbasis sind weltweit 40 bis 60 Staaten von einer Erosion des Gewaltmonopols und einer eingeschränkten Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen geprägt. Die Erreichung der MDGs ist dadurch in weite Ferne gerückt. DFID (2005) schätzt die soziale Lage in fragilen Staaten im Vergleich zu anderen armen Ländern als gravierend ein: Das Pro-Kopf-Einkommen beträgt nur etwa die Hälfte der Vergleichsgruppe. Die Kindersterblichkeit liegt doppelt, die Müttersterblichkeit sogar dreimal so hoch. Etwa ein Drittel der Bevölkerung ist unterernährt; große Teile der Bevölkerung werden von Malaria geplagt.

---

[5] Das Hintergrundpapier mit dem Titel „Millennium Development Goals at Midpoint: Where do we stand?" wurde für den in Vorbereitung befindlichen European Report on Development verfasst. Beteiligt waren insgesamt zehn Autoren von europäischen Forschungsinstituten sowie der Cornell University, USA.

[6] Vgl. www.socialwatch.org (eingesehen am 9. September 2008).

Ähnlich dramatisch fiel im Jahr 2007 die Bestandsaufnahme des Global Monitoring Report der World Bank (2007) aus[7]. Demnach leben 8 % der Bevölkerung aus Entwicklungsländern in fragilen Staaten, zugleich befinden sich dort aber 16 % der unterernährten Kinder. Noch besorgniserregender: 30 % der Kinder, die das 5. Lebensjahr nicht überlebten, stammten aus dieser Ländergruppe (Bourguignon et al. 2008: 8). Deutlich wird dadurch, dass nicht allein strukturelle sozio-ökonomische Entwicklungsprobleme die Verwirklichung der MDGs gefährden, sondern die Funktionsfähigkeit staatlicher Strukturen von mindestens ebenso zentraler Bedeutung ist. Der neoliberal motivierte Abbau von Staatlichkeit in den 1980er Jahren ebenso wie die durch Gewaltkonflikte bedingte Erosion staatlicher Institutionen in den 1990er Jahren haben Krisenregionen hier ein schwieriges Erbe hinterlassen, dessen Überwindung bei Zukunftsstrategien für die MDGs stärker als bislang in Rechnung gestellt werden muss.

5 Methodische Probleme bestehen fort

Die fehlende statistische Grundlage ökonomischer und sozialer Daten erschwert eine Bewertung des MDG-Prozesses

Erschwert wird die Zwischenbilanz der MDG-Umsetzung durch das Fehlen genauer Statistiken. In zahlreichen Ländern gibt es weder verlässliche Daten über die Zahl der Hungernden, noch über die Müttersterblichkeit, die Ausbreitung von HIV oder die Zahl der Menschen, die jedes Jahr an Malaria sterben. Zudem gibt es Probleme hinsichtlich der Konsistenz und Vergleichbarkeit von Daten über Raum und Zeit bereits innerhalb einzelner Indikatoren. Dies zeigt sich etwa bei der Messung des Ziels der Halbierung des Anteils der hungernden Bevölkerung, die je nach Verwendung einschlägiger Indikatoren (Unterernährungsindikator der FAO, Untergewichtigkeit von Kindern) sehr unterschiedlich ausfällt (Bourguignon et al. 2008: 11-12). Selbst über die Entwicklung der Einkommensarmut gibt es nach Weltbankangaben in 78 von 149 Entwicklungs- und Schwellenländern, und damit in über 50 Prozent dieser Länder, keine verlässlichen Statistiken (World Bank 2008a: 22). Fort- bzw. Rückschritte bei der Verwirklichung der MDGs lassen sich auf einer derart schwachen Daten-

[7] DFID wie auch der Global Monitoring Report stützen sich bei der Identifizierung fragiler Staaten auf das World Bank Country Policy and Institutional Assessment rating (CPIA), das sich u.a. wg. fehlender Nachvollziehbarkeit der Einordnungen und mangelhafter Transparenz in der Kritik findet. Andere Einordnungen fragiler Staaten haben z.B. Foreign Policy/The Fund for Peace (2007) oder Rice/Patrick (2008) vorgenommen. Die Grundtendenz – schlechte performance fragiler Staaten bei den MDGs – dürfte sich freilich unabhängig von der Datenquelle bestätigen lassen.

grundlage nicht exakt bestimmen. Bestenfalls sind grobe Schätzungen möglich. Die Zahlen von Weltbank und UN, auf denen viele Politikempfehlungen und nationale Entwicklungsstrategien beruhen, spiegeln eine Genauigkeit vor, die jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehrt.

Regierungen und internationale Organisationen sind sich dieses Defizits durchaus bewusst. Sie bemühen sich seit einigen Jahren, die Kapazitäten zur Erfassung ökonomischer und sozialer Daten in den Entwicklungsländern zu verbessern. Im Jahr 2004 verabschiedeten sie zu diesem Zweck den *Marrakech Action Plan for Statistics (MAPS)*, in den Folgejahren entstanden in über 100 Ländern Nationale Strategien für die Entwicklung von Statistiken (*National Strategies for the Development of Statistics*) - ein positiver Nebeneffekt des MDG-Prozesses.

Das Armutsmaß der Weltbank erwies sich in seiner Höhe und seiner Bezugsgröße in Kaufkraftparitäten als zu niedrig

Ein weitaus gravierenderes methodisches Problem liegt in der Armutsmessung selbst. Der Indikator für extreme Armut (Pro-Kopfeinkommen von weniger als einem US-Dollar pro Tag) ist zwar hervorragend kommunizierbar, ist aber in seiner Höhe willkürlich gesetzt und erweist sich selbst als Schwellenwert extremer Armut für weite Regionen dieser Welt als viel zu niedrig. Dies wird mittlerweile auch in der Weltbank so gesehen. Ihre revidierten Armutsschätzungen vom August 2008 setzen die Schwelle extremer Armut daher mit 1,25 US-Dollar fest (Chen/Ravallion 2008). Die Asiatische Entwicklungsbank legt ihren jüngsten Armutsschätzungen für 16 asiatische Länder einen durchschnittlichen Schwellenwert von 1,35 US-Dollar (in Kaufkraftparitäten von 2005) zugrunde (Asian Development Bank 2008).

Zusätzliche Kritik an dem Armutsmaß der Weltbank kam von Sanjay G. Reddy und Thomas W. Pogge von der New Yorker Columbia University. Sie kritisierten unter anderem die Praxis der Weltbank, die Bezugsgröße für die extreme Armut in Kaufkraftparitäten (Purchasing Power Parities, PPP) auszudrücken. Dies soll die Vergleichbarkeit der nationalen Daten ermöglichen. Mit einem PPP-Dollar kann man (theoretisch) in jedem Land der Welt die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen erwerben. Die Definition der Kaufkraftparitäten beruht jedoch auf internationalen Warenkörben, die mit dem Konsum der Armen wenig zu tun haben. Denn die in den Warenkörben berücksichtigten Dienstleistungen, die in Entwicklungsländern oft sehr preiswert sind (z.B. Haushaltshilfen), werden von Armen wenig nachgefragt. Sie konzentrieren sich in ihrem Konsum auf Grundnahrungsmittel, die weltweit gehandelt werden (Reis, Getreide etc.) und deren Preise sich zwischen reichen und armen Ländern vergleichsweise wenig unterscheiden. Pogge und Reddy folgerten daraus, dass die Anzahl der Armen in Ländern mit geringem Einkommen durch die Weltbank unterschätzt wird (Pogge 2007: 10).

6 Korrektur bisheriger Erfolgsmeldungen notwendig

Die Erhöhung der Armutsschwelle und die Revision der Kaufkraftparitäten-machen eine Neubewertung bei MDG 1 erforderlich

Angesichts der methodischen Unzulänglichkeiten der bisherigen Kaufkraftschätzungen, die auf Erhebungen aus dem Jahr 1993 basierten, haben Weltbank, UN und zahlreiche weitere internationale Organisationen sowie 146 nationale Statistikbehörden in einem groß angelegten internationalen Projekt, dem *International Comparison Program*, eine vollständige Neubewertung der Kaufkraftparitäten vorgenommen (World Bank 2008b).[8] Das im Dezember 2007 veröffentlichte Ergebnis wird vom Weltbank-Ökonomen Branko Milanovic (2008) als „Revolution" von historischem Ausmaß bezeichnet. Durch die neue Methodik sind die in PPP ausgedrückten Volkseinkommen von China und Indien „über Nacht" um 40 Prozent gesunken. Der Anteil Chinas am globalen Bruttoinlandsprodukt ist gegenüber früheren Schätzungen von 14 auf 10 %, der Indiens von 6 auf 4 % gefallen (World Bank 2008b: 10). Für China steigt in Folge der statistischen Anpassung der Anteil der absolut Armen für die Zeit von 1980 bis 2004 um 20 Prozentpunkte gegenüber bisherigen Berechnungen, für Indien und Bangladesh werden die Resultate vermutlich ähnlich ausfallen (Bourguignon et al. 2008: 9).

Die Zahl der absolut Armen liegt um 400 Millionen über bisherigen Schätzungen

Die Erhöhung der Armutsschwelle und die Revision der Kaufkraftparitäten haben für die Bewertung der Fortschritte bei der Verwirklichung von MDG 1 dramatische Konsequenzen. Nach den bislang aktuellsten Schätzungen von 2004 war die Zahl der Menschen, die in extremer Armut (d.h. von weniger als einem PPP-Dollar am Tag) leben, auf 986 Millionen gesunken. Nach den revidierten Schätzungen der Weltbank liegt sie jedoch bei 1,4 Milliarden Menschen.[9] Die Weltbank-Ökonomen Chen und Ravallion (2008) veröffentlichten die neuen Zahlen erstmals im August 2008 in einem Arbeitspapier mit dem Titel *„The Developing World is Poorer Than We Thought, But No Less Successful in the Fight against Poverty"*. Die zweite Hälfte des Titels illustrierten sie mit eindrucksvollen Zahlen: die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, sei um 500 Millionen gesunken, ihr Anteil an der Weltbevölkerung habe sich sogar halbiert. Diese Erfolgsmeldungen waren allerdings nur möglich, indem die Autoren nicht

[8] Siehe auch http://go.worldbank.org/VMCB80AB40 (eingesehen am 9. September 2008).

[9] Zahl der Menschen, die von weniger als 1,25 US-Dollar (in Kaufkraftparitäten von 2005) leben.

die Jahre 2000 oder 1990 sondern das Jahr 1981 als Vergleichsjahr verwendeten.

Besonders schwierig ist auch nach den neuen Armutsschätzungen die Situation in Afrika. Dort hat sich die Zahl der Menschen in extremer Armut in den letzten 25 Jahren fast verdoppelt (von 202 Millionen 1981 auf 384 Millionen 2005). Ihr Bevölkerungsanteil war mit 50,4 Prozent 2005 fast ebenso hoch wie 1981 (50,8 Prozent). Und auch für die anderen Regionen des Südens sind die Fortschritte wesentlich geringer, wenn man die realistischere Armutsschwelle von 2 US-Dollar pro Tag zugrunde legt. Die Zahl der Menschen, die unterhalb dieser Schwelle leben müssen, ist zwischen 1981 und 2005 von 2,5 auf 2,6 Milliarden gestiegen.[10]

7 Geberengagement rückläufig

Entwicklungshilfe bleibt weit hinter dem nötigen Mindestmaß für die Erreichung der MDGs zurück

Die Regierungen sind nicht nur bei der Überwindung der Einkommensarmut und bei zahlreichen weiteren Zielvorgaben „off-track", sondern zugleich auch bei der in MDG 8 postulierten „Globalen Partnerschaft". Der jüngste Report der MDG Gap Task Force (UN 2008a) weist auf das nachlassende Engagement der westlichen Geberstaaten hin: Zwischen 1997 und 2005 war die Entwicklungshilfe (ODA) der 22 Mitglieder des Development Assistance Committee (DAC) der OECD noch deutlich angestiegen. Sie erreichte im Jahr 2005 mit 107 Mrd. US$ den bisherigen Höchststand. Dies resultierte freilich vor allem aus der Anrechnung umfangreicher Schuldenerlasse. In den folgenden zwei Jahren ist die Entwicklungshilfe jedoch um ca. 13 % gesunken (UN 2008a: vii-viii). Besonders dramatisch war der Rückgang im Jahr 2007 bei Japan und Großbritannien, deren ODA sich innerhalb eines Jahres um 30 bzw. 29 % verminderte. Bei den USA betrug die Reduzierung 10 %, bei der EU 6 %.[11] Die MDG Gap Task Force geht zugleich davon aus, dass die wichtigsten 22 Geberländer ihre Entwicklungshilfe bis 2010 um 18 Mrd. US-Dollar erhöhen müssen, um die vereinbarten Ziele zu erreichen.

Risiko der Überschuldung nicht gebannt

Graduelle Fortschritte gab es bei der Reduzierung der Schuldenlast für die hochverschuldeten armen Entwicklungsländer (HIPC). Der Schuldenstand sank durch bi- und multilaterale Schuldenstreichungen für 33 der 41 HIPC erheblich. Die bisherigen Initiativen brachten

[10] Die Zahl war bis 1999 auf 2,9 Milliarden angewachsen und ist seitdem zurückgegangen.

[11] OECD press release vom 4. April 2008.

für viele dieser Länder aber keine dauerhafte Lösung ihrer Schuldenprobleme. Laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (IDA/IMF 2007: 10) besteht für mindestens 12 von ihnen bereits wieder das Risiko der Überschuldung. Zugleich fließen in 52 Ländern immer noch höhere Beträge in den Schuldendienst als in die Gesundheitsausgaben.[12]

8 Empfehlungen bis 2015 – und darüber hinaus

Trotz gesteigerter Aufmerksamkeit in Öffentlichkeit und Politik gibt es massive Defizite in der politischen Umsetzung – im Norden wie im Süden

Die MDGs haben in erster Linie die Funktion, die Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit auf die gravierendsten Probleme von Armut und sozialer Unterversorgung zu lenken und durch ihre Messbarkeit den Erwartungsdruck gegenüber den Regierungen zu erhöhen (Nuscheler/Roth 2006). Diese Funktion haben sie in den vergangenen acht Jahren erfüllt. Die bisherigen Resultate zeigen jedoch, dass die Regierungen darauf nicht mit den erforderlichen politischen Maßnahmen reagiert haben. Die Regierungen des Nordens waren bislang weder zu substantiellen Zugeständnissen in der internationalen Handelspolitik bereit, noch haben sie ihren Anteil an den notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verwirklichung der MDGs in Form von *fresh money* bereitgestellt. Die Regierungen vieler Entwicklungsländer haben allzu oft ihre Politik bislang nicht konsequent auf die Bekämpfung der Armut, die Überwindung sozialer Disparitäten im eigenen Land und die Mobilisierung heimischer Ressourcen ausgerichtet. Auch im Governance-Bereich gibt es in zahlreichen Ländern fortbestehende Defizite. Besonders düster ist die Lage in Ländern, die durch fragile Staatlichkeit geprägt sind und in denen zentrale Funktionen in den Bereichen Sicherheit, Wohlfahrt und Partizipation kaum erfüllt werden.

Gordon Browns Aufruf zu einem „MDG-Notstandsgipfel“ 2008 war Ausdruck des Eingeständnisses, dass die Regierungen ihrer Verantwortung für die Verwirklichung der MDGs bislang nicht gerecht geworden sind. Allerdings birgt die Konzentration entwicklungspolitischer Strategien auf die Bekämpfung der Armut auch die Gefahr, dass die Politik lediglich an den Symptomen „herumdoktert“ und

[12] Richard Boudreaux, Poverty-reduction aid lags, study finds, in: Los Angeles Times vom 5. September 2008, http://www.latimes.com/news/nationworld/world/la-fg-poverty5-2008sep05,0,1143073.story (eingesehen am 9. September 2008),

nicht bis zu den Wurzeln des Übels vordringt. Wenn Armut in erster Linie als Einkommensarmut begriffen wird, konzentrieren sich auch die Lösungsvorschläge zur Reduzierung der Armut auf die monetäre Ebene. Strukturelle Fragen, wie die Ungleichverteilung von Vermögen, Landbesitz und politischer Macht in den betroffenen Ländern sowie die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Auswirkungen globalisierter Finanz- und Warenmärkte blieben in den Programmen zur Umsetzung der MDGs dagegen bislang unterbelichtet. Dies gilt auch für ökologische Aspekte, insbesondere die Folgen des Klimawandels. Eine lückenhafte Problemdiagnose kann aber zu falschen Politikrezepten führen und die dauerhafte Lösung der Probleme eher behindern.

In der zweiten Halbzeit des MDG-Prozesses bis zum Jahr 2015 sollten sich die Regierungen daher sowohl mit den Defiziten in der bisherigen Umsetzung und der Methodik der Millenniumsziele befassen, als auch die Politikrezepte für ihre Verwirklichung grundsätzlich überprüfen. Das schließt folgende Aspekte ein:

a) Verbindliche Ziele im Rahmen der „Globalen Entwicklungspartnerschaft"

Klare Verpflichtungen der Industrieländer in internationalen und nationalen Stufenplänen definieren und messbar machen

Die Bundesregierung, aber auch viele Regierungen des Südens, weisen (aus unterschiedlichen Motiven) zurecht darauf hin, dass die MDGs nur Teil eines wesentlich umfassenderen Katalogs politischer Verpflichtungen sind, die die Regierungen mit den Beschlüssen der Weltkonferenzen der vergangenen zwei Dekaden und der Millenniumserklärung aus dem Jahr 2000 eingegangen sind. Die Praxis in den Vereinten Nationen, die MDGs immer in einem Atemzug mit den international vereinbarten Entwicklungszielen (Internationally Agreed Development Goals, IADGs) zu nennen und sie als Bestandteil dieser Ziele zu begreifen, sollte beibehalten werden. Dies gilt insbesondere für die Formulierung nationaler Entwicklungsstrategien („MDG-Strategien") und die Überprüfung der Umsetzung der Zielvorgaben, unter anderem beim *Annual Ministerial Review* des Wirtschafts- und Sozialrates der UN (ECOSOC). Die Vereinten Nationen haben mit der von der MDG Gap Task Force zusammengestellten „Matrix of Global Commitments" dazu eine nützliche Grundlage geliefert.[13]

[13] Vgl. www.un.org/esa/policy/mdggap/ (eingesehen am 9. September 2008).

Die Regierungen sollten das Ungleichgewicht im Grad der Verbindlichkeit der MDGs für Industrie- und Entwicklungsländer überwinden. Das bedeutet, den Beitrag der Industrieländer in Form von klaren, quantitativen, zeitgebundenen und damit überprüfbaren Verpflichtungen zu definieren. Zu diesem Zweck sollten insbesondere das siebte und achte Millenniumsziel erweitert und konkretisiert werden. Das gilt unter anderem für Verpflichtungen zur CO_2-Reduktion in den Industrieländern, zur Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfetransfers und zum Abbau von Handelsschranken und Exportsubventionen. Mit Blick auf MDG 8 bildet der Bericht der MDG Gap Task Force der UN (2008a) dafür ein nützliches Referenzdokument.

Mit dem verbindlichen ODA-Stufenplan hat die EU im Jahr 2005 einen wichtigen Schritt in diese Richtung unternommen. Um aber ihre Bereitschaft zur Verwirklichung dieses Stufenplans unter Beweis zu stellen, müssen die Regierungen der EU, und damit auch die Bundesregierung, diesen Plan in entsprechende nationale Stufenpläne übersetzen.

Innovative Finanzierungsinstrumente und „Geber-Index" überfällig

Zur Finanzierung zusätzlicher globaler Aufgaben, insbesondere im Bereich des Klimaschutzes und der Finanzmarktstabilität, ist die Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente auf globaler Ebene überfällig. Besonders wichtig sind dabei die Vorschläge für international koordinierte Steuern, allen voran eine Devisen- oder Finanztransaktionssteuer und eine CO_2-Steuer.

Verbindliche Verpflichtungen des Nordens hinsichtlich der Quantität der ODA reichen aber bei weitem nicht aus. Im Rahmen der Pariser Erklärung und der Aktionsagenda von Accra (Accra Agenda for Action) vom September 2008 sind die Regierungen daher auch Verpflichtungen zur Erhöhung der Qualität der Entwicklungszusammenarbeit eingegangen. In zentralen Bereichen, wie der Beseitigung von Lieferbindungen, der Abschaffung politischer Konditionalitäten und der Stärkung von demokratischer Eigenverantwortung („democratic ownership"), blieben die Verpflichtungen bisher jedoch vage.

Um systematisch zu messen, wie der Norden seine entwicklungspolitischen Verpflichtungen erfüllt, könnten ein Kriterienkatalog oder ein „Geber-Index" (jenseits des ODA/BNE-Indicators) sinnvolle Instrumente sein. Eine längerfristige Option wäre die Entwicklung einer Art von Globalem Solidaritätsindex (Global Solidarity Index), der öffentlichkeitswirksam illustriert, wie solidarisch und entwicklungs-

freundlich die Politik eines Landes gegenüber den ärmeren Ländern ist.[14]

b) Verknüpfung der MDG-Debatte mit einem menschenrechtsorientierten Entwicklungsansatz

Menschenrechtsorientierte Kriterien für die Evaluation von MDG 8 nötig

Einen interessanten Beitrag zur Überprüfung der „Globalen Entwicklungspartnerschaft" leistet die "High-level Task Force on the Implementation of the Right to Development" (HLTF 2008), die unter dem Dach des UN-Menschenrechtsrates agiert. Sie setzte sich im Dezember 2004 bei ihrer Sitzung das Ziel, „die wirtschafts-, finanz- und entwicklungspolitisch relevanten Aussagen der Millenniums-Entwicklungsziele in die Menschenrechtsarbeit der Vereinten Nationen zu integrieren und Entwicklung stärker mit den Menschenrechten zu verknüpfen" (Schorlemer 2006: 102). Im Jahre 2005 erhielt sie zudem den Auftrag, Kriterien für die regelmäßige Evaluation von MDG 8 mit Bezug auf das in einer Erklärung von 1986 näher umschriebene Recht auf Entwicklung zu entwickeln.

Die High-level Task Force entwickelt und prüft dementsprechend sogenannte „criteria for periodic evaluation of global partnerships from a right to development perspective" (HLTF 2008: Annex II, 26-28). Globale Partnerschaften sollen demnach institutionell so angelegt sein, dass sie zur Verwirklichung von Menschenrechten beitragen, besonders verwundbare Bevölkerungsgruppen berücksichtigen sowie Good Governance, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und effektive Korruptionsbekämpfung fördern. Damit dies gelingen kann, müssen Informationsfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit sowie Konsultations- und Partizipationsverfahren gewährleistet sein und entsprechende menschliche und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen.

Recht auf Gesundheit von zentraler Bedeutung

Eine besondere Bedeutung innerhalb von MDG 8 wird derzeit der Zielvorgabe 17 zugemessen, welche darauf abzielt, in Kooperation mit Pharmaunternehmen, den Zugang zu unentbehrlichen Medikamenten zu erschwinglichen Preisen zu ermöglichen. Dabei geraten neuartige öffentlich-private Partnerschaften in den Blick, wie sie der Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria sowie die Global Alliance for Vaccines and Immunization darstellen (HLTF 2008:

[14] Das Modell eines ähnlichen Index hat das Washingtoner Center for Global Development 2003 mit seinem Commitment to Development Index (CDI) geschaffen. Vgl. Center for Global Development (2007) und www.cgdev.org/section/initiatives/_active/cdi/ (eingesehen am 9. September 2008).

Ziff. 46-47, 74-76) Derartige Partnerschaften bieten durchaus Chancen, insofern neue Ressourcen mobilisiert und Initiativen von UN-Agenturen und nationalen Regierungen ergänzt werden können (siehe grundsätzlich Beisheim et al. 2008). Zugleich sind die Risiken und Begrenzungen derartiger „multistakeholder partnerships" offenkundig. Denn tendenziell befördern sie eine Fragmentierung und Elitenorientierung von Global Governance und geben nationalen Regierungen die Möglichkeit, einer Verantwortung und Rechenschaftspflicht für Kernbereiche öffentlicher Wohlfahrt auszuweichen. Nicht zuletzt befördern sie eine selektive Orientierung von Governance an kommerziell tragfähigen Gesundheitsprojekten (Martens 2007a). Zugleich steht die umfassende Verantwortung vielfältiger Akteure unabweislich auf der Agenda. Sie sollte im Sinne eines Menschenrechtsansatzes in der Entwicklungszusammenarbeit (Hamm 2003) daran gemessen werden, inwiefern Fortschritte bei der Umsetzung eines Rechts auf Gesundheit erzielt werden können.[15] Wie relevant dieser Aspekt ist, hob im Jahre 2005 bereits die entsprechende Task Force des UN Millennium Projects hervor:

> „The lack of access to life-saving and health supporting medicines for an estimated 2 billion poor people stands as a direct contradiction to the fundamental principle of health as a human right" (Leach et al. 2005: 1).

c) Funktionierende Governance und Rechtsstaatlichkeit als Voraussetzungen für MDG-Erfolge

Die Verwirklichung der MDGs hängt maßgeblich von der Regierungsfähigkeit und dem Wandel politischer Regime im Süden ab. Dieser Aspekt wird in der Millenniumserklärung durchaus unter dem Stichwort „Good Governance" thematisiert, dann aber bei den Zielen nicht aufgenommen. Ein Mindestmaß an Rechtstaatlichkeit ist aber, ebenso wie die geordnete Transformation autoritärer Regime, eine zentrale Voraussetzung für die nachhaltige Verwirklichung der MDGs. Hinzu kommt die Erkenntnis, dass Länder mit fragiler Staatlichkeit und Gewaltkonflikten im Vergleich zu Referenzgruppen auf ähnlichem Entwicklungsniveau deutlich schlechter bei der Umsetzung der MDGs abschneiden. Diese Aspekte können nicht länger aus

---

[15] Siehe hierzu auch den Bericht des Special Rapporteur on the right of everyone to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health, der unter dem Titel „Human Rights Guidelines for Pharmaceutical Companies in Relation to Access to Medicines" erschienen ist, http://www2.essex.ac.uk/human_rights_centre/rth.shtm (eingesehen am 9. September 2008).

„diplomatischen" Gründen außen vor bleiben, sondern müssen zentraler und operationalisierbarer Bestandteil der MDG-Agenda werden.[16]

d) Unterstützung nationaler Entwicklungsstrategien und eigener Instrumente der Armutsmessung

Länderspezifische Entwicklungsstrategien formulieren

Einige der MDG-Indikatoren, insbesondere die Armutsschwellen von 1 US-Dollar oder selbst 1,25 US-Dollar pro Tag, sind für manche Länder des Südens, wie z. B. Chile oder Uruguay, wenig relevant. Das heißt jedoch nicht, dass es in diesen Ländern keine gravierenden Armutsprobleme gibt. Ein weltweit einheitliches Armutsmaß wird der Situation in diesen Ländern jedoch nicht gerecht. Aus diesem Grund sollte selbst bestimmten nationalen Entwicklungszielen und den dazugehörigen Strategien, die dem jeweiligen Entwicklungsstand der Länder angepasst sind, Vorrang eingeräumt werden.

Die meisten Länder haben mittlerweile nationale und zum Teil sogar subnationale Armutsschwellen definiert, die in der Regel über der 1 Dollar/Tag-Marke liegen. Zu ihnen gehören Bangladesch, Bolivien, Guatemala, Malawi und Vietnam. Vietnam hat im Rahmen seiner nationalen Entwicklungsstrategie 12 Entwicklungsziele formuliert, die auf den MDGs basieren, aber über sie hinaus reichen. Auch die Studie europäischer Entwicklungsinstitute zu „Millennium Development Goals at Midpoint" äußert sich skeptisch zur universellen Verwendung „absoluter Armutsmaße" und empfiehlt als Alternative „to monitor MDG 1 using national poverty lines that are derived at using a consistent methodology (such as the cost of basic needs method that is now most popular in developing countries)" (Bourguignon et al. 2008: 10).

Kapazitäten zur Erhebung und Verarbeitung von Daten stärken

Grundlage jeder effektiven Entwicklungsstrategie müssen ausreichende Informationen über die soziale und ökonomische Situation eines Landes sein. Dies setzt entsprechende Kapazitäten zur Erhebung und Verarbeitung von Daten voraus. Nur wenn eine Regierung über umfassende Informationen zur Armutssituation in ihrem Land verfügt, wenn sie weiß, wo die Kinder- und Müttersterblichkeit am größten ist, und wenn sie die Verbreitung von HIV und AIDS exakt bestimmen kann, kann sie auch die notwendigen politischen Maßnahmen ergreifen und den Finanzbedarf kalkulieren. Bislang existie-

[16] Vgl. dazu auch OECD/DAC 2004, World Bank Independent Evaluation Group 2006 und BMZ 2007.

ren in diesem Bereich in der Mehrzahl der Entwicklungsländer noch erhebliche Informationslücken. Die Entwicklungszusammenarbeit sollte daher verstärkt die Formulierung und Umsetzung nationaler Aktionspläne zur Statistikentwicklung fördern.

e) Fokus von den Entwicklungszielen auf Entwicklungsstrategien richten

Technokratische Problemlösungsstrategien in der Sackgasse

Während es im entwicklungspolitischen Diskurs über die Zielvorgaben der MDGs kaum grundsätzliche Kontroversen gibt, sind die Wege, auf denen die Ziele erreicht werden sollen, keineswegs unumstritten. Die MDGs an sich stellen nämlich noch keine Entwicklungsstrategie dar, wie auch UN-Generalsekretär Ban Ki-moon 2007 festgestellt hat (UN Secretary-General 2007: Pkt. 40). Die vordergründige Harmonie über die Ziele verschleiert zuweilen gar die gravierenden politischen Meinungsverschiedenheiten über die Strategien, mit denen die MDGs erreicht werden sollen. Ob beispielsweise das Ziel der Halbierung des Anteils der Hungernden durch eine neue „grüne Revolution" in Afrika und die Industrialisierung der dortigen Landwirtschaft erreicht werden kann, wie es das UN-Millenniumprojekt vorschlägt, ist äußerst umstritten. Anstelle technokratischer Problemlösungsstrategien sollten stattdessen die kulturellen, sozialen und geographischen Besonderheiten jedes Landes bei der Formulierung seiner Entwicklungsstrategie stärker berücksichtigt werden. So hat dies für die Überwindung des globalen Hungerproblems auch das Agrarforschungsprojekt *International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD)* in seinem Abschlussbericht im April 2008 gefordert.[17]

Strukturelle Armutsursachen in den Vordergrund stellen

Insgesamt ist, wie Theo Rauch (2007: 241-242) zurecht argumentiert hat, ein politischer Mehr-Ebenen-Ansatz erforderlich, der den ökonomischen Globalisierungsprozess unter anderem über Sozialstandards und selektive Schutzoptionen steuert, der auf regionaler Ebene Wettbewerbsfähigkeit stärkt, der auf nationaler Ebene Rechtssicherheit schafft und den Zugang armer Bevölkerungsgruppen zu öffentlichen Dienstleistungen erhöht, und der Interessenvertretungen armer Bevölkerungsgruppen auf lokaler Ebene unterstützt.

Der entwicklungspolitische Diskurs sollte sich daher auf umfassendere Strategien nachhaltiger menschlicher Entwicklung rückbesinnen und die MDGs als öffentlichkeitswirksames Element in diese Strate-

[17] Vgl. dazu www.agassessment.org (eingesehen am 9. September 2008).

gien einbetten. Dies bedeutet auch, die bisher im MDG-Kontext unterbelichteten strukturellen Armutsursachen stärker im MDG-Diskurs zu berücksichtigen. Das gilt insbesondere für die wachsenden Einkommensdisparitäten innerhalb und zwischen den Ländern, ihre Verwundbarkeit gegenüber Krisen auf den internationalen Finanzmärkten, sowie die sozioökonomischen Folgen des Klimawandels in den Ländern des Südens.

9 Literatur

Asian Development Bank (2008): Key Indicators for Asia and the Pacific 2008. Manila.

Beisheim, Marianne/Liese, Andrea/Ulbert, Cornelia (2008): Transnationale öffentlich-private Partnerschaften. Bestimmungsfaktoren für die Effektivität ihrer Governance-Leistungen, in: Gunnar Folke Schuppert und Michael Zürn (Hrsg.), Governance in einer sich wandelnden Welt, PVS-Sonderheft 41. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 452-474.

BMZ, 2007: Entwicklungsorientierte Transformation bei fragiler Staatlichkeit und schlechter Regierungsführung. Bonn: BMZ Spezial Nr. 149, März 2007.

Bourguignon, François et al. (2008): Millennium Development Goals at Midpoint: Where do we stand? Paper written for the Department for International Development, UK and the DG Development of the European Commission. Brussels.
(http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/2008%2008%2019%20MDG_Where%20do%20we%20stand_first_draft.pdf, eingesehen am 9. September 2008).

Center for Global Development (2007): Commitment to Development Index 2007. Washington, D.C.

Chen, Shaohua/Ravallion, Martin (2008): The Developing World Is Poorer Than We Thought, But No Less Successful in the Fight against Poverty. Washington, D.C.: World Bank (Policy Research Working Paper 4703).

Commission of the European Communities (2008): The Millennium Development Goals – State of Play. Commission Staff Working Paper SEC (2008) 433. Brussels.

DFID (Department for International Development) 2005: Why We Need to Work More Effectively in Fragile States, London: Department for International Development.
(http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/fragilestates-paper.pdf, eingesehen am 9. September 2008).

FAO (2007): The State of Food and Agriculture 2007. Rom. (http://www.fao.org/docrep/010/a1200e/a1200e00.htm, eingesehen am 9. September 2008).

Foreign Policy/The Fund for Peace (2007): The Failed States Index. Washington, D.C.: Foreign Policy and the Fund for Peace. (http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=3865, eingesehen am 9. September 2008).

Global Policy Forum Europe/terre des hommes (2007): Für eine Handvoll Dollars? Die MDGs und die Armutsindikatoren von Weltbank und UN – Defizite und Alternativen. Bonn.

Hamm, Brigitte (2003): Menschenrechtsansatz in der Entwicklungszusammenarbeit – Ansätze und Erfahrungen von UNICEF und UNDP. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE).

HLTF (2007): Report of the high-level task force on the implementation of the right to development on its third meeting, Geneva, 22-26 January 2007. Geneva, (Human Rights Council, Fourth session, Working Group on the Right to Development; A/HRC/4/WG.2/TF/2, 7 February 2007).

HLTF (2008): Report of the high-level task force on the implementation of the right to development on its fourth session, Geneva, 7-15 January 2008. Geneva, (Human Rights Council, Eighth session, Working Group on the Right to Development; A/HRC/8/WG.2/TF/2, 31 January 2008).

IDA/IMF (2007): Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative and Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI) – Status of Implementation. September 27, 2007. Washington, D.C.

IMF/OECD/World Bank/UN (2000): A Better World for All. New York/Paris/Washington: IMF/OECD/World Bank/UN.

Leach, Beryl/Paluzzi, Joan E./Munderi, Paula (2005): Prescription for Healthy Development: Increasing Access to Medicines. United Nations Millennium Project: Report of the Task Force on HIV/AIDS, Malaria, TB and Access to Essential Medicines, Working Group on Access to Essential Medicines. Sterling, Va.: Earthscan.

Martens, Jens (2007a): Multistakeholder Partnerhsips – Future Models of Multilateralism? Berlin: Friedrich Ebert Stiftung (Dialogue on Globalization, Occasional Papiers, No. 29 / January 2007).

Martens, Jens (2007b): Armutszeugnis. Die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen. Halbzeitbilanz – Defizite – Perspektiven. Bonn/Osnabrück: Global Policy Forum Europe/terre des hommes.

Milanovic, Branko (2008): Developing Countries Worse Off Than Once Thought. New estimates of global prices expose poverty and revolutionize the field of economics, in: *YaleGlobal*, 11 February 2008. (http://yaleglobal.yale.edu/display.article?id=10333, eingesehen am 09. September 2008)

Nuscheler, Franz/Roth, Michèle (Hg.) (2006): Die Millennium-Entwicklungsziele: Entwicklungspolitischer Königsweg oder ein Irrweg? Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. (Reihe Eine Welt, Bd. 20).

OECD/DAC (2004): Senior Level Forum on Development Effectiveness in Fragile States. Harmonization and Alignment in Fragile States. Draft

Report by Overseas Development Institute (ODI), United Kingdom. Paris: OECD Development Assistance Committee (DAC), DCD(2005)3, 17 December 2004.

OECD/DAC (Organisation for Economic Co-operation and Development) 2008: Development Co-operation Report 2007: Efforts and Policies of the Members of the Development Assistance Committee. Edited by Richard Manning, Chair of the OECD Development Assistance Committee (DAC). Paris (OECD Journal on Development).

Pogge, Thomas W. (2007): "How not to count the poor" – Defizite und Schwächen der MDG-Indikatoren, in: Global Policy Forum Europe/terre des hommes (2007), S. 6-13.

Rauch, Theo (2007): Von Basic Needs zu MDGs: Vier Jahrzehnte Armutsbekämpfung in Wissenschaft und Praxis und kein bisschen weiter, in: Peripherie, 27. Jg. (2007) No. 107, S. 216-245.

Reddy, Sanjay G. (2008): The World Bank's New Poverty Estimates – Digging Deeper into a Hole. New York.

Reddy, Sanjay G./Pogge, Thomas W. (im Erscheinen): How Not to Count the Poor, in: Stiglitz, J./Anand, S./Segal, P. (Hg.): Debates on the Measurement of Global Poverty. Oxford: OUP.

Rice, Susan E./Patrick, Stewart (2008): Index of Weak States in the Developing World. Brookings Institution. Washington: The Brookings Institution.
(http://www.brookings.edu/reports/2008/02_weak_states_index.aspx, eingesehen 9. September 2008)

Schorlemer, Sabine von (2006): Die UN-Millenniums-Entwicklungsziele und Armutsbekämpfung. "Perpetuum mobile" oder Durchbruch?, in: Zeitschrift für Politik: Globale Probleme und Zukunftsaufgaben der Vereinten Nationen, Sonderband 1 (hrsg. von Sabine von Schorlemer), Baden-Baden, S. 96-109.

UN (2008a): Delivering on the Global Partnership for Achieving the Millennium Development Goals. MDG Task Force Report 2008. New York.

UN (2008b): The Millennium Development Goals Report 2008. New York.

UN High-Level Task Force on the Global Food Crisis (2008): Comprehensive Framework for Action, July 2008. New York.

UN Secretary-General (2007): Report of the Secretary-General: Strengthening efforts to eradicate poverty and hunger, including through the global partnership for development. New York. (UN Dok. E/2007/71).

UN Secretary-General (2001): Road map towards the implementation of the United Nations Millennium Declaration. New York. (UN Dok. A/56/326).

World Bank Independent Evaluation Group (2006) Engaging with Fragile States. An IEG review of World Bank support to Low-Income Countries Under Stress. Washington DC: World Bank

World Bank (2007): Global Monitoring Report 2007. Confronting the Challenges of Gender Equality and Fragile States 2007. Washington, D.C.

World Bank (2008a): Global Monitoring Report 2008. MDGs and the Environment: Agenda for Inclusive and Sustainable Development. Washington, D.C.

World Bank (2008b): Global Purchasing Power Parities and Real Expenditures. 2005 International Comparison Program. Washington, D.C.

Jens Martens, Dipl. Volkswirt, ist Geschäftsführer des Global Policy Forum Europe und Mitglied im Koordinierungsausschuss des internationalen Netzwerks Social Watch.

Kontakt: jensmartens@globalpolicy.org

Tobias Debiel, Dr., Professor für Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik am Institut für Politikwissenschaft und Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen.

Kontakt: tobias.debiel@inef.uni-due.de

Das MDG-Projekt in der Krise
Halbzeitbilanz und Zukunftsperspektiven

Zur Halbzeit des MDG-Projekts zeichnet sich eine ernüchternde Zwischenbilanz ab. Um die Welt bei der Erreichung der Millenniumsziele „back on track" zu bringen, findet am 25. September 2008 auf Einladung von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon ein Gipfeltreffen von Regierungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in New York statt. Der Policy Brief gibt einen knappen Überblick über die dramatische wirtschaftliche und soziale Lage in vielen Entwicklungsländern und untersucht die Defizite in der Umsetzung der MDGs. Darauf aufbauend empfiehlt er notwendige Kursänderungen, um das Projekt doch noch erfolgreich zu den Millenniumentwicklungszielen zu führen. Diese beinhalten klare und verbindliche Verpflichtungen seitens der Industrieländer, die Verknüpfung der MDGs mit dem Menschenrechtsansatz in der Entwicklungszusammenarbeit, die Förderung funktionierender Governance, die Stärkung von Kapazitäten zur Erhebung und Verarbeitung von Daten und eine Neuausrichtung des Fokus auf internationale und nationale Strategien zu Erreichung der MDGs.

Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) ist eine Forschungseinrichtung des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen am Campus Duisburg. Es kooperiert eng mit der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Bonn. Das INEF verbindet wissenschaftliche Grundlagenforschung mit anwendungsorientierter Forschung und Politikberatung in folgenden Bereichen: Global Governance und menschliche Sicherheit, fragile Staaten, Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung sowie Entwicklung, Menschenrechte und Unternehmensverantwortung. Direktor des INEF ist Prof. Dr. Tobias Debiel und Wissenschaftliche Geschäftsführerin ist Dr. Cornelia Ulbert.

Die Reihe INEF Policy Brief

In den INEF Policy Briefs werden wichtige aktuelle Ereignisse und Forschungsthemen in prägnanter Form aufgegriffen und im Hinblick auf politische Handlungsempfehlungen diskutiert. Sie erscheinen in unregelmäßigen Abständen.

Herausgeber:
© Institut für Entwicklung und Frieden, INEF
Geibelstraße 41 D - 47057 Duisburg
Phone +49 (203) 379 4420 Fax +49 (203) 379 4425
E-Mail: inef-sek@inef.uni-due.de
Homepage: http://www.inef.uni-due.de

Layout design: Sascha Werthes, Jeanette Schade
Coverfotos: Jochen Hippler, Ulf Terlinden, Jeanette Schade

FACHBEREICH
GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Jens Martens/Tobias Debiel: Das MDG-Projekt in der Krise. Halbzeitbilanz und Zukunftsperspektiven. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden (INEF Policy Brief 4/2008, September)

ISSN 1863-9909